

Kommunale Umverteilung durch Daseinsvorsorge und deren Herausforderungen am Beispiel der Stadt Wiener Neustadt

Wiener Neustadt ist die elftgrößte Stadt Österreichs, und war lange Jahre als „Sozialhauptstadt“ bekannt. Nicht ohne Grund steht der erste kommunale Arbeiter:innenwohnbau am Flugfeld. Die Geschichte der Stadt ist eng verwoben mit der Geschichte der Sozialdemokratie und mit der Umverteilung von Wohlstand.

Seit 2015 regiert, nach 70jähriger SPÖ-Alleinherrschaft, nun die ÖVP, mittlerweile in Koalition mit den Sozialdemokrat:innen. Wiener Neustadt hat nach wie vor einen großen Anteil an kommunalen Wohnungen, öffentlichen Plätzen, und sozialer Infrastruktur sowie Daseinsvorsorge. Doch auch angesichts der angespannten finanziellen Lage kommt der Wohlstand der vielen unter Druck, in den letzten 10 Jahren wurde öffentliches Eigentum privatisiert, darunter etwa ein Pflegeheim.

Was bedeutet es für eine Stadt, wenn Wohlstand nicht mehr umverteilt wird und kommunales Eigentum privatisiert wird? Wie kann es gelingen, dass alle Menschen an Daseinsvorsorge teilnehmen können?

Der Beitrag befasst sich insbesondere:

- mit der Situation der kommunalen Wohnungen,
- zeigt öffentliche Einrichtungen, die gesperrt/verkauft wurden (Freibäder, Krankenhaus, Grundstücke)
- sowie der daraus resultierenden sozialen Situation für Einwohner:innen,
- und möchte aufzeigen, wie kommunale Wohlstandsumverteilung funktionieren könnte.

Zur Situation der Gemeindewohnungen:

Die Stadt Wiener Neustadt ist im Besitz von rund 2.500 Gemeindewohnungen. Beachtlich ist die Leerstandsquote von rund 20%. Das resultiert einerseits aus fehlenden Investitionen in der Vergangenheit, viele Wohnungen sind weder am Stand der Zeit noch thermisch saniert. Andererseits sind die Preise weit entfernt von sozial verträglich, und haben sich im letzten Jahrzehnt den Marktpreisen angepasst. Schon Anfang der 2010er Jahre wurde die Verwaltung der Wohnungen und im Auftrag der Stadt von Genossenschaften abgewickelt. Immer wieder entbrennen Debatten, die Gemeindewohnungen komplett zu privatisieren, um die Stadtfinanzen aufzubessern. Der ohnehin schon angespannte Wohnungsmarkt in der Stadt würde sich dadurch noch weiter verschärfen. Statt Privatisierungen braucht es eine Sanierungsoffensive, um die Wohnungen auf den neusten Stand zu bringen und den Wohlstand der vielen nachhaltig abzusichern.

Öffentliche Einrichtungen, die privatisiert/gesperrt wurden:

- Pflegeheim Stadtheim
- Stadionareal (Abriss und Neubau von 500 Wohnungen)
- Schon unter SPÖ-Führung wurden zwei Freibäder geschlossen und an Wohnbaugesellschaften verkauft.

Wie könnte kommunale Wohlstandsverteilung aussehen?

- Investitionen abseits der Wirtschaftszyklen und politischen Perioden
- Umverteilung von Bedarfszuweisungen von Prestigeprojekten zu kommunalem Eigentum
- Auf Bundesebene braucht es eine reformierte Grundsteuer
- Politischer Wille zur Umverteilung und Bekenntnis zur kommunalen sozialen Daseinsvorsorge